

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Susanne Graf (PIRATEN)**

vom 03. Dezember 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Dezember 2014) und **Antwort**

Schließung von Jugendverkehrsschulen verhindern!

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wo und wann wurden in welchen Bezirken in den vergangenen Jahren Standorte der Jugendverkehrsschulen geschlossen? Bitte einzeln tabellarisch ab 2011 mit Angabe der früheren Adressen auflisten.

a) Was waren jeweils die Gründe?

Zu 1.: Seit 2011 wurde ein Standort in der Berolinastraße durch den Bezirk Mitte als Träger und Verwalter der Jugendverkehrsschule geschlossen. Die Gründe sind dem Senat nicht bekannt.

2. Wie gedenkt der Senat sein im Verkehrssicherheitskonzept 2020 beschlossenes Konzept zur langfristigen Sicherung der Jugendverkehrsschulen in den Bezirken umzusetzen?

a) Gibt es einen Zeitplan und wenn ja, welchen?

Zu 2.: Die Träger der Jugendverkehrsschulen sind bisher die Bezirke. Das im Januar 2014 vom Senat beschlossene neue Verkehrssicherheitsprogramm Berlin 2020 beinhaltet im Handlungsfeld „Außerschulische Verkehrs- und Mobilitätsbildung“ die Maßnahme „Jugendverkehrsschulen“. Dazu zählt insbesondere die Prüfung, ob und wie eine neue, zentrale Trägerschaft für die Arbeit der Jugendverkehrsschulen geschaffen werden kann, z. B. in Form eines Konsortiums aus mehreren Organisationen in freier Trägerschaft und mit klarer Federführung.

Damit könnte die organisatorische Struktur sowie die personelle und materielle Ausstattung der Jugendverkehrsschulen langfristig vereinheitlicht und an neue Anforderungen und neue Zielgruppen (z.B. Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten, Vorschulkinder) angepasst werden. Der Senat hat sich mit dem neuen Verkehrssicherheitsprogramm bereit erklärt, eine Anschubfinanzierung für Pilotprojekte zu gewähren.

Die zugesagte Anschubfinanzierung würde zum Tragen kommen, wenn ein Bezirk mit dem Wunsch auf die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt zukommt und im Hinblick auf die Weiterentwicklung seiner Jugendverkehrsschule selbst initiativ wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass derartige Vorhaben einer sorgfältigen Vorbereitung und Abstimmung bedürfen, auch um daraus entsprechende Erkenntnisse im Rahmen einer Evaluierung generieren zu können.

Das Verkehrssicherheitsprogramm wurde im Januar 2014 beschlossen und hat einen Zeit-Horizont bis 2020, bis zu dem die Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

Berlin, den 10. Dezember 2014

In Vertretung

Mark Rackles

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Dez. 2014)